



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/33 - 11. Februar 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24881 - 88

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Der Demagoge William S. Schlam in Bonn	86
3 - 4	Die "staatsabträglichen" Ärzte Zur Ablehnung des Regierungsentwurfs für eine Krankenversicherungsreform durch den Ärztetag in Frankfurt	69
5	Bonn - Pankow - London Im Schatten des Gipfels	52
6	Diskussion in neuer Form Balkanländer und Kommunismus Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Henry Schleicher	37
7	Ein Oberländer trat zurück ... Nicht der Name macht es, sondern die Gesinnung	51

\* \* \*

\* \* \*

Zur Beachtung:

Wir veröffentlichen in der nächsten Ausgabe einen Artikel von MdB Jürgen Wischniewski:

"Freiheit und Einheit für Afrika".

MdB Wischniewski hat als Beobachter am Kongreß der afrikanischen Völker in Tunis teilgenommen.

### Der Demagoge

G.M. - Jetzt hat der amerikanische Schriftsteller William S. Schlampp zum zweiten Male in der provisorischen Bundeshauptstadt Bonn seine Visitenkarte abgegeben. Er konnte es dank der wohlwollenden Unterstützung des Kinges Christlich-demokratischer Studenten, dem sich Herr Schlampp als Redner verschrieben hatte. Das Zusammenspiel christlich-demokratischer Politik mit Herrn Schlampp kam auch dadurch zum Ausdruck, daß sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Freiherr zu Guttenberg schützend vor den Schriftsteller stellte und ihm bescheinigte, er, von Guttenberg, habe in Schlampps Vortrag kein Wort gefunden, was den Vorwurf einer verfassungswidrigen Tätigkeit rechtfertige. Herr Schlampp hingegen revanchierte sich für diese Schützenhilfe, indem er mehrfach betonte, er sei im Prinzip durchaus mit der Politik "Ihres verehrten Herrn Bundeskanzlers" einverstanden - womit er die sogenannte Politik der Stärke meinte - und flehe nur darum, daß dieser bewunderungswürdige Mann nicht eines Tages weich werde, "weil ihn sein Volk verlasse". Bundestags-Alterspräsidentin Dr. Lüders (FDP) blickte, ohne eine Miene zu verziehen, geradeaus, als Herr Schlampp seine politischen "Thesen" mit denen des Herrn Bundeskanzlers identifizierte. Freiherr zu Guttenberg klatschte Beifall ...

"... ich würde zuschlagen"

Was Schlampp anzubieten hatte, war wirr, unlogisch, demagogisch und provokativ. Sätze wie: "Hitler wurde von Millionen Russen als Befreier begrüßt" oder: "Wenn ich genau wüßte, daß die Sowjets am 7. März mit Atombomben angreifen, dann würde ich schon am 2. März zuschlagen - auch mit Atombomben" - "Die Kommunisten wollen keinen Krieg, denn sie fürchten den Krieg; sie greifen immer nur dort an, wo Leere Räume sind", wurden ausgesprochen im Stile des Repertoires eines schlechten Schmierenskomödianten.

### Provokation gegen West und Ost

Bis hart an die Grenze der Provokation in Richtung Westen und Osten ging Schlampp mehrfach an diesem Abend. "Amerika wird Sie verkaufen, wenn Sie sich verkaufen lassen" - nach dem Westen. "Der Westen ist verloren, wenn er der Anspruch auf das östliche Europa aufgibt, ich bin für die Befreiung der östlichen Völker" - nach dem Osten. "Es gibt keine ungeteilte Politik des Anspruchs auf die Freiheit von Warschau, Budapest oder Königsberg". - "Lassen Sie sich nicht blöde machen von Ihrer Presse". Und an einer anderen Stelle: "Es gibt keinen Kompromiß mit einer Erlösungsidee; es gibt nur Überlegenheit".

Auf die konkrete Frage, ob Schlampp bereit sei, einen atomaren Angriffskrieg auszulösen, antwortete der Mann jedoch ausweichend, er fordere nicht den atomaren Krieg, er fordere eine Politik, die Herrn Chruschtschow schlaflose Nächte bereite.

### "Mission" der Deutschen

Und dann werden die Deutschen umbuhlt. Das sieht so aus: "Sie leben im strategischen Entscheidungsfeld" - "Die deutsche Nation hat es in der Hand, den Amerikanern klarzumachen, dass ohne die deutsche Nation eine Politik des Nachgebens nicht möglich ist" - "Sie müssen klarstellen, dass Sie moralische Ansprüche haben" - "Deutschland ist die einzige Nation, ausser der USA, vor der die Sowjetunion militärisch Respekt hat."

### Vor Grund auf unehrlich

Das meist junge Publikum hört aufmerksam zu. Die Stimmung im Saal ist geteilt. Schlamm erhält starken Beifall, wenn er stark formuliert. Aber ebenso schnell ebbt der Beifall wieder ab, wenn Schlamm - wohlweislich! - darauf verzichtet, die letzten Konsequenzen seiner "Thesen" darzustellen. Dann werden die jungen Menschen nachdenklich, denn sie spüren, dass Schlamm von Grund auf unehrlich ist. So bleibt das Ganze die Schaustellung eines Propagandisten, der raffiniert und bedenkenlos Gefühle anspricht, aber peinlichst vermeidet, in eine wirkliche Diskussion mit seinen Gegnern zu geraten.

### "Diskussion"

Was nämlich in Bonn als "Diskussion" ausgegeben wurde, sah so aus: Zuerst redete Herr Schlamm eine Stunde. Dann kam ein Diskussionsredner, der vier bis fünf Minuten vom Versammlungsleiter erhielt. Darauf wieder Schlamm zehn bis fünfzehn Minuten - Diskussionsredner vier bis fünf Minuten - Schlamm zwanzig Minuten. In diesem Rhythmus ging es fort, bis fast ein Uhr. Natürlich war kein Diskussionsredner imstande, in fünf Minuten auf das Referat des Herrn Schlamm und seine folgenden Zwischenreferate auch nur annähernd einzugehen. Schlamm's "Thesen" wurden in unzähligen Variationen wiederholt; sie wurden eingehämmert, wie sogenannte Glaubenssätze, bei denen das "Entweder - Oder" Leitmotiv blieb.

### Die Unterschlagung

Dass es eine NATO gibt, dass Herr Adenauer schon seit zehn Jahren "Politik der Stärke" predigt und macht, dass die Russen trotzdem nicht die Sowjetzone, die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn aufgegeben haben und noch viel weniger "in die Knie gegangen" sind, dass also Herrn Schlamm's Rezept schon seit langem ohne Ergebnis praktiziert wird, das alles scheint einem grossen Teil der Zuhörer entgangen zu sein. Herr Schlamm weiss das natürlich und umgeht Fragen, die ihm von Diskussionsrednern zu diesen inzwischen Binsenwahrheiten gewordenen Tatsachen gestellt werden mit der ständigen Wiederholung seiner beschwörenden Zauberformel, dass man mit der Sowjetunion keine "Politik" machen könne.

Zu Ende gedacht bleibt hierbei die Feststellung, dass ein Mann in der Bundesrepublik herumreist, der zielbewusst und unterstützt von Gleichgesinnten den Gedanken an eine Politik des Miteinanderlebens zerstören will; ein Mann, der auf einem Klavier spielt, das andere schon lange vor ihm gestimmt haben ...

+ + +

### Die "staatsabträglichen" Ärzte

Zur Ablehnung des Regierungsentwurfs für eine Kranken-  
versicherungsreform durch den Arztetag in Frankfurt

G.B. - Es ist nicht sehr häufig in der Geschichte der deutschen Ärzteschaft, daß sie ihr Parlament, den Deutschen Ärztetag, zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen muß. Nach der heftigen Kritik der Ärzte am Regierungsentwurf für eine Neuregelung der Krankenversicherung, nach der Bildung von Aktionsgemeinschaften gegen die Vorlage des Bundesgesundheitsministeriums, hatte es nicht an Warnungen, ja Diffamierungen gekehrt, um die Ärzteschaft von einer offiziellen Stellungnahme ihres höchsten Gremiums noch vor der ersten Lesung des Entwurfs im Bundestag abzuhalten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Einladung, die der Bundeskanzler an die Vorsitzenden der ärztlichen Spitzenorganisationen ergehen ließ, unter anderem diesen Zweck verfolgte. Es gehörte also ein gewisser Mut dazu, diesen außerordentlichen Ärztetag dennoch einzuberufen. Nicht ohne Absicht hatte man wohl darum die Frankfurter Paulskirche als Versammlungsort gewählt - deren Tradition in der Diskussion denn auch häufig berufen wurde - und bewies so, daß die Ärzte sich das Recht der freien Meinungsäußerung nicht streitig machen lassen wollen.

Um dieses Recht ging es nach den Worten des Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Ernst Fromm, zunächst einmal; um die Heraushebung dieses für 42 Millionen Versicherte einschneidende Änderungen vorsehenden Entwurfs aus dem Dunkel ministerieller Aktschränke in das Licht der Öffentlichkeit. Der aufmerksame Beobachter der Verhandlungen in Rund der Paulskirche konnte an diesem natürlichen Verlangen der Ärzteschaft nichts "Staatsabträgliches" feststellen, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Krenz die Opposition der Ärzte bezeichnet hatte.

Immerhin sollen von den Versicherten, sofern sie mehr als 200 DM monatlich verdienen, insgesamt 500 - 600 Millionen DM durch Selbstbeteiligung aufgebracht werden, wenn sie ärztliche Behandlung suchen, Arznei- und Heilmittel benötigen oder der Krankenhauspflege bedürfen. Gegen diese Selbstbeteiligung und ihre gesundheitsgefährdenden Wirkungen richtete sich die geballte Kritik, die in Reden und Diskussionen zum Ausdruck kam. Es geht nicht an, wie Dr. Fromm in seinem Referat aus-  
sprach, daß "die sozial schwächsten Bevölkerungskreise, deren Schutz die soziale Krankenversicherung in erster Linie zu dienen hat, mit

ca. 30 Prozent der Arztkosten beteiligt und dadurch so belastet werden, daß für sie die Inanspruchnahme jeder ärztlichen Leistung zu einem finanziellen Problem würde."

Einzelner der Diskussionsredner - ein Arzt aus Berlin, dessen Delegierter auf Beschluß der Versammlung stimmberechtigt war, empfahl den Vätern des Gesetzes, sich einen weißen Kittel anzuziehen und einmal Einblick in eine Kassenpraxis am Wedding zu nehmen, um die sogenannten "Bagatelldfälle" kennenzulernen, die das Gesetz ausschalten will. Überhaupt erhitzen sich die Gemüter an der sozialen Stoßrichtung des Gesetzes. "Wer anders hat denn das Wirtschaftswunder aufgebaut", rief einer der Ärzte, "als jene, die heute als Brückeberger und Bammelanten bezeichnet werden?"

Ein weiterer wesentlicher Angriffspunkt war die Frage der Schiedsinstanz bei der Neuregelung der Gebührenordnung, die heute aus der Selbstverwaltung der Krankenkassen und Kassenärzte gebildet wird und nach dem Gesetzentwurf bei Nichteinigung der Entscheidung des Arbeitsministers unterliegt. Gegen dieses "politische Profadiktat" richtete sich die Kritik der Ärzte ebenso wie gegen die Unterhöhung ihrer Vertragsfreiheit. Hier spielen standespolitische Erwägungen eine Rolle, denen man nicht zu folgen braucht, die vorzubringen aber zweifellos das Recht einer Bevölkerungsgruppe von 70 000 Menschen ist, die zwar als Wähler zahlenmäßig kein Gewicht besitzen können, in ihrer Bedeutung für die Gesundheit des Volkes und damit letztlich auch für seine sozialpolitischen Belange nicht zu unterschätzen ist.

Es bleibt abzuwarten, was der Bundestag zu dem Gesetzentwurf des Ministeriums Blank beschließen wird. Feststeht schon jetzt, daß die Ärzteschaft den Finger auf die Wunde gelegt hat, an der diese Neuregelung der Krankenversicherung krankt: Die zweifellos notwendigen Verbesserungen der Leistungen, insbesondere bei langdauernder Krankheit und Pflegebedürftigkeit, dürfen nicht auf jene abgewälzt werden, die auf den unteren Sprossen der sozialen Stufenleiter stehen. Für wie schwach Minister Blank seine eigene Verhandlungsposition angesichts des entschlossenen Widerstands der Ärzte hält, zeigt sein Brief an den Ärztertag, der während der Verhandlungen einging und die Möglichkeit einer Begrenzung der Eigenbeteiligung anbot.

Bonn - Pankow - London

Am 1. An einem Tage haben in drei verschiedenen Städten Debatten über Berlin und Deutschland und den damit zusammenhängenden Fragen der Ost-West-Beziehungen stattgefunden. Im Bundestag kam es zu der Neuauflage der im Dezember vorigen Jahres unterbrochenen Aussprache über die Außenpolitik, die ganz im Schatten der neuen und verschärften sowjetischen Angriffe auf die Bundesrepublik stand. Zum ersten Mal seit vielen Jahren zeichnete sich so etwas wie Übereinstimmung aller Fraktionen in einer Lebensfrage des deutschen Volkes ab. Sie bezog sich allerdings nur auf Berlin. Die Erkenntnis, dass sich mit Berlin das Schicksal des deutschen Volkes entscheidet, dass im Ringen um die Zukunft Westberlins mehr auf dem Spiele steht als nur die Zukunft dieses Teiles der deutschen Hauptstadt ist allen gemeinsam.

Schwerwiegende Unterschiede ergeben sich jedoch in der Beurteilung der Abwehr von jetzigen und zukünftigen Gefahren. Hier muss es sich noch erweisen, ob die deutsche Politik die Kraft, die moralische Festigkeit und die politische Einsicht aufbringt, eine "Lösung" der Berlin- und deutschen Frage zu verhindern, die den Status quo und die Dreiteilung Deutschlands festigt, somit die Spannung konserviert, statt sie zu beheben. Es muss sich auch noch erweisen, ob die Regierungsmehrheit wirklich in den kommenden schweren Monaten gewillt ist, eine gemeinsame Ausgangsbasis mit der Opposition zu suchen. Bisher blieb es nur bei beschwörenden Appellen, denen keine Taten folgten.

Es ist ja auch nicht so, wie es der Kanzler in seiner Rede darstellt, dass Regierung und Opposition gemeinsam verantwortlich sind für den Zustand der deutschen Politik 15 Jahre nach dem Zusammenbruch. Die Regierung hat die Geleise gelegt, sie hat in der Vergangenheit alle Warnungen der Opposition in der Wind geschlagen und sie ist heute mitschuldig an der Herbeiführung einer Lage, in der es schlechthin um unsere nationale Existenz geht.

Wie bedroht diese Existenz ist, zeigt die am gleichen Tage von Grobwohl in der Volkskammer der DDR erfolgte Ankündigung eines "Nationalen Verteidigungsrates" mit weitgehender Vollmacht. Leichtfertig wäre, dies auf die leichte Schulter zu nehmen. Pankow richtet sich auf eine unübersehbare Dauer der deutschen Spaltung ein, es erhöht von sich aus die innerdeutschen Spannungen und damit auch die Gefahrenherde, es strebt sogar, um sich gegen den westdeutschen "Revanchismus" zu schützen, die Ausstattung der "Volksarmee" mit Atomwaffen an. Rechnen Pankow mit einer Bürgerkriegssituation, dient ihm Korea als ein Modellfall?

Die Möglichkeit einer innerdeutschen Entwicklung, die alle mit in den Abgrund reißen würde, gab der ausserpolitischen Debatte im britischen Unterhaus das bestimmende Gepräge. Lange hat die Labour-Party gezögert, einen Tadelantrag gegen die konservative Regierung einzubringen. Die dunkle Erklärung Eisenhower, auch andere NATO-Partner mit Atomwaffen auszurüsten, gab der Furcht vieler Briten vor den Folgen einer Erweiterung des Atomclubs starken Auftrieb. Der britische Ausserminister Lloyd, in die Enge gedrängt, verteidigte den Grundsatz der Nichtdiskriminierung der Bundesrepublik, sie solle die gleichen Waffen besitzen wie ihre Verbündeten! Das ist ein schockierender Satz, er wird der besonderen Lage des gespaltenen Deutschland nicht gerecht, er bildet geradezu eine Aufforderung an die Sowjetunion, der DDR diese Art von Gleichberechtigung auch zu gewähren und muss in letzter Konsequenz alle Verhandlungen über ein Rüstungsabkommen erschweren und damit die deutsche Frage ungeklärt lassen. Wer mit solchen Absichten die Stufen zur Gipfelkonferenz betritt, provoziert geradezu eine isolierte Behandlung des Berlinproblems.

Diskussion in neuen Formen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nachdem alle Vorschläge der rumänischen und bulgarischen Regierung, den Balkan in eine als mögliches Vorbild dienende atomwaffen- und raketenfreie Zone zu verwandeln, auf politischer Ebene bisher gescheitert sind, scheint es gegenwärtig das Hauptanliegen der kommunistischen Regierungen in dieser Region, über die öffentliche Meinung in den betreffenden nichtkommunistischen Staaten die eingefrorene Diskussion wieder aufzutauen. Als Auftakt hierzu diente ein in der rumänischen Hauptstadt Bukarest veranstaltetes Jugendtreffen des Balkan- und Adria-raumes, das von Vertretern griechischer, italienischer, jugoslawischer, albanischer bulgarischer und rumänischer Jugendorganisationen verschiedener politischer Färbung besucht worden ist.

Zwar ist auf diesen Treffen eine an alle Regierungen dieser Staaten gerichtete Direktaktion infolge jugoslawischen Widerstandes unterblieben, wenngleich die an die Jugendorganisationen gerichtete Schlußresolution auch ihnen zur Kenntnisnahme, aber ohne jede Empfehlung zugeleitet worden ist. Daneben jedoch wurde für die nächste Zeit eine Reihe verschiedenartiger gemeinsamer Jugendaktionen vereinbart und darüber hinaus für April 1960 in der griechischen Hauptstadt Athen ein Treffen junger Parlamentarier der Balkan- und Adria-raumländer vereinbart. Damit ist dafür gesorgt, daß die Diskussion um eine waffentechnische Entspannung in dieser Region erneut auf eine politische Ebene gehoben wird.

Die Wahl Athens für dieses Treffen macht darüber hinaus deutlich, wo man sich für die Zukunft den nachhaltigsten Erfolg verspricht. Während es in der Türkei eine parteilich organisierte Opposition gegen die betont militante NATO-Politik der Regierung Menderes nicht gibt, sieht sich der griechische Premier Karamanlis einer von links bis rechts gestreuten Opposition im Hinblick auf seine Außenpolitik gegenüber. Gerade die Zunahme dieser Opposition macht darauf aufmerksam, daß die Vorstellung von einer außerpolitischen Bedrohung durch den Kommunismus selbst in den Ländern, die sie erfahren haben, mit der Zeit ihre Wirksamkeit verliert.

Die jüngste Entwicklung auf dem Balkan zeigt an, daß sich im Zeichen der vom Ostblock propagierten friedlichen Koexistenz die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht mehr von Standpunkt von Raketenbasen und Atomwaffen führen läßt. Im Ostblock hat man die Wirksamkeit anderer Formen bereits lange erkannt. Auf sie gilt es eine Alternative zu finden, die sich über das Militärisch-Strategische hinaus erstreckt.

Ein Oberländer trat zurück ...

K.v.K. - Tief in den Bergen des Berner Oberlandes liegt ein kleines Dorf mit 1 200 Einwohnern. Es verdient seinen Lebensunterhalt durch Milchwirtschaft, Viehzucht und Fremde, die sowohl im Sommer als auch im Winter sich hier ein Stelldichein geben. Dieses Dorf hat natürlich auch einen Gemeinderat.

Seit etlichen Jahren arbeitet in diesem Gemeinderat ein Mann, der seinen übernommenen Verpflichtungen in Beruf und Amt eifrig nachkommt und von dem man bisher eigentlich nichts Nachteiliges vernahm. Bis zum Sommer, wo ein Kurgast sich in einem der kleinen Hotels niederließ. Wie alle Schweizer spielte dieser gerne "Jass", das Schweizer National-Kartenspiel, und so traf er auch einmal mit dem erwähnten Gemeinderatsmitglied am runden Tisch einer Wirtschaft zusammen. Wie das in einer Körnerunde so ist, man kam auf den Krieg zu sprechen, und der Kurgast erkannte in dem Gemeinderat einen Kameraden seiner Einheit aus der Zeit der Grenzbesetzung ... Danach verfinsterte sich seine Miene, und er zog sich bald auf sein Zimmer zurück ...

Sei es nun, daß dieser Kurgast wirklich böse war, sei es, daß er seine Zunge nur nicht im Zaum halten konnte ... plötzlich durchlief - wie das in Dörfern so ist - den Ort zuerst ein Wispern, dann ein Geräusch, wonach das betreffende Gemeinderatsmitglied im Jahre 1943 als Grenzbesetzungssoldat der Schweizer Armee an der Grenze in der Nähe Gerfs einem kleinen Trupp holländischer, jüdischer Flüchtlinge den Übertritt in die Freiheit der Schweiz in wenig menschlicher Form verwehrt und die Unglücklichen direkt in die Gewehre der auf der anderen Seite wartenden SS getrieben haben soll. Das Geräusch sprang von Haus zu Haus, von Hütte zu Hütte, von Alm zu Alm. Zunächst machte man, so gut man es konnte, einen Bogen um den Mann aus dem Gemeinderat; der Gemeinderatspräsident unterhielt sich mit den anderen Mitgliedern des Rates über den Fall. Aber es war nach 17 Jahren schwer, in die Angelegenheit Licht zu bekommen ...

Jetzt aber hat sie ihre zufriedenstellende Eriedigung gefunden. Vor einigen Tagen legte der Angeschuldigte vor dem versammelten Gemeinderat sein Mandat nieder. Die Lokalpresse berichtete in einer kleinen Notiz über die Sitzung und veröffentlichte die Worte des Gemeinderatspräsidenten, mit denen er den Rücktritt des Oberländer Gemeinderatsmitgliedes bekanntgab: "... Der Präsident verdankte R. seine Tätigkeit während mehrerer Jahre und anerkannte die Beweggründe, die ihn zu seiner Demission veranlaßten. Wenn gewisse Anschuldigungen auch nicht mehr genau nachzuprüfen seien, so wären sie eben doch so schwer, daß sie die Ehre eines senkrechten Schweizers in starkem Maße beeinflussen müßten und man Verständnis für die ehrenvolle Haltung des Ausscheidenden aufbringen muß ..."

Warum wir über dieses Geschehnis so ausführlich schreiben? Dieser Berner Oberländer ist ein kleiner Handwerker in einem gottverlassenen Dorf der Schweiz, wieviel höher aber schätzt er seine Ehre ein als ein Bundesminister in Bonn, der zwar kein Schweizer ist und noch weniger aus dem Oberland stammt, nur dem Namen dieses Landes nach so heißt, aber eben kein Oberländer ist. Ob nicht auch Bundeskanzler Dr. Adenauer ein wenig neidvoll an den Gemeinderatspräsidenten dieses kleinen, jetzt völlig verschneiten Dorfes denkt, der seine Schwierigkeiten auf so elegante und würdige Art zu regeln in der Lage ist?